



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 09. Juni 2010  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil):** 17:05 Uhr  
**Beginn (nicht öffentlicher Teil):** 18:40 Uhr

**Ende: 18:40 Uhr**  
**Ende: 19:00 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 17/10, 18/10

(Drucksachenband 148)

Drucksachenlisten DL Nrn. 19/10

(Drucksachenband 149)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0097      Tagesordnung

1. Punkt 3 der Tagesordnung wird nicht öffentlich beraten.
2. Zu Beginn der Beratung wird ein sog. Schnelldurchgang durchgeführt, bei dem alle Sitzungsvorlagen, bei denen kein Diskussionsbedarf besteht, ohne weitere Aussprache abgestimmt werden.
3. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### 0098      Genehmigung der Niederschrift vom 21.04.2010

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 21.04.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

**Zu den Sitzungsvorlagen / Anträgen (Beschlüsse Nr. 0099 bis 0108) findet die Abstimmung ohne weitere Aussprache statt.**

### 0099      10-V-20-0006

Investitionscontrolling 4. Quartal 2009

Einstimmig

### 0100      10-V-20-0019

Investitionscontrolling 1. Quartal 2010

Einstimmig

### 0101      10-V-20-0022

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 09. Juni 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0102 Einstimmig  
10-V-20-0023

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0103 10-V-66-0308

Beseitigung der akuten Frostschäden 2010 in  
Wiesbaden und AKK

Einstimmig

0104 09-V-51-0089

Abschluss der Mietverträge für die Standorte Soziale Dienste NORD in der Luisenstraße  
23 und WEST in der Dotzheimer Straße 97-99

gegen BLW

0105 10-V-51-0008

Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte  
der Ev. Ringkirchengemeinde

Enth. BLW

0106 10-V-51-0009

Schaffung weiterer Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in der Kindertagesstätte  
der Ev. Kirchengemeinde Heilig Geist

Enth. BLW

0107 10-V-51-0012

Energetische Modernisierung des Nachbarschaftshauses in der Rathausstraße 10,  
Wiesbaden-Biebrich, mit Förderung aus dem Bund-Länder-Programm zur Förderung der  
energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen - Investitionspakt;  
Programmbereich II

Einstimmig

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 09. Juni 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

**0108            10-V-51-0021**

Dynamisierung des Leistungsvertrages mit dem Ev. Dekanant bezüglich Schulsozialarbeit an der Ludwig-Erhard-Schule

Einstimmig

**0109            08-F-25-0016**

Einstellung der Verwaltungsjagd in Wiesbaden  
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP -

Vors. Tollebeek fragt nach, warum denn 2 Jagdreviere schwer zu verpachten seien und möchte wissen, welche Bemühungen es gegeben hat, die Verpachtung doch noch zu realisieren.

Die Vertreter der Verwaltung teilen mit, dass es sich bei dem Rabengrund um einen Bereich mit extremem Besucherdruck handele und auch beim Schläferskopf ein erhöhter Besucherdruck vorherrsche, so dass eine Verpachtung nicht möglich ist. Man sehe keine Chance, in Zukunft verpachten zu können. Die Preise waren ja schon sehr moderat angesetzt, man müsste bei einem erneuten Versuch mit den städtischen Forderungen unter 14 € gehen.

Man müsse auch bedenken, dass es Probleme geben könne, wenn alle Flächen verpachtet seien - man sei dann nicht mehr Herr im eigenen Wald. So müsse der Wald z. B. in diesem Jahr nach den Stürmen „umgebaut“ werden.

Mischwälder seien schwierig zu züchten, da der Wildverbiss sehr hoch ist. Auch sei der Klimawandel nicht einschätzbar. Man wisse z. B. nicht, was mit der Buche passiere, es könne aber ähnlich wie bei der Fichte verlaufen.

Man sollte das Zepter in der Hand behalten und Begehungsscheine ausgeben.

Stv. Wieltsch fragt nach, ob denn der Rabengrund zu groß sei und man einen Pächter findet, wenn man das Areal verkleinert.

Die Verwaltung gibt an, dass es nicht allein an der Größe liege, sondern auch der Besucherandrang sehr groß sei und von daher in dieser Kombination schwer zu verpachten sei.

Vors. Tollebeek stellt noch einmal klar, dass es politischer Wille sei, dass es keine Verwaltungsjagd mehr geben soll, hält dies auch für richtig und versichert sich bei der Verwaltung, dass auch nicht mit einer Wiedereinführung zu rechnen ist.

Er schlägt vor, nach einem Jahr die Situation erneut zu beleuchten und bittet die Verwaltung um die Vorlage eines aussagekräftigen Berichts zur 1. Sitzung des Ausschusses im Jahr 2012, aus dem die ab September 2010 bis 31.08.2011 erzielten Einnahmen der Reviere Rabengrund und Schläferskopf (entgeltliche Begehungsscheine, Wildfleischverkauf usw.) den theoretisch zu erzielenden Einnahmen bei Verpachtung (14 € - pro Hektar) gegenüber zu stellen sind. Die Vorteile, die durch von der LHW betriebene Forstbewirtschaftung entstehen, sollen dabei berücksichtigt werden.

Nach Vorlage dieses Berichts wird über das zukünftige Verfahren (Verpachtung oder Beibehaltung des jetzigen Verfahrens) zu diskutieren sein.

Einstimmig

## Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 09. Juni 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**0110**      **10-V-01-0007**

Zuschuss für die Turntalentschule Wiesbaden des Turnerbundes Wiesbaden J.P.

Stv. Reiß ist über das Verfahren verwundert - der Turnerbund verleiht das Prädikat und kommt selber nicht für die Kosten auf, sondern zahlt lediglich einen Zuschuss von 300 €.

Lt. Stv. Gerich kann man zu dem Zuschuss wenig sagen. Er findet es aber begrüßenswert, dass sich die Landeshauptstadt Wiesbaden beteiligt. Die Stadt sollte stolz sein, dass die Turntalentschule hier angesiedelt ist. Der Zuschuss hätte zwar bei den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden sollen, aber trotzdem stimme man der jetzigen Vorlage zu.

Auf Nachfrage stellt Vors. Tollebeek klar, dass der Turnerbund einen Zuschuss i. H. v. 15.500 € zahlt. Er sieht allerdings auch ein Problem in der zeitlichen Anmeldung des Zuschussbetrages der Stadt. Man sollte so nicht mit dem Parlament umgehen. Eine üpl-Vorlage könne er noch verstehen, aber eine apl.-Vorlage wie im vorliegenden Fall sei zu rügen.

Einstimmig

**0111**      **10-V-12-0002**

Einrichtung einer Erhebungsstelle für den Zensus 2011

Zu diesem Punkt sind Herr Hepp und Herr Herle anwesend.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass das Land Hessen uns diese Sache „eingebrockt“ hat. Er fragt nach, ob es einen Benefit für die LHW geben wird. Nach seinem Verständnis würde die Stadt auf 70.000 € sitzen bleiben.

Herr Hepp und Herr Herle berichten, dass die Nachfragen der LHW beim Land auf taube Ohren gestoßen seien. Der Nutzen für die LHW sei begrenzt. Das Land habe sich an die Lieferbedingungen für die EU gehalten und Vieles sei dabei nicht realisiert worden. Es gab Bestrebungen, kleinräumige Daten für die Gebäudestatistik zu erhalten - das sei aber nur eingeschränkt umgesetzt worden. Es gäbe zwar einen gewissen Vorteil als Basis für die Wohnungsfortschreibung, aber z. B. für die Bevölkerungsstruktur gäbe es keinen Nutzen. Bei den Wohnungen wird zwar eine Vollerhebung durchgeführt, d. h. dass alle Wohnungs- und Gebäudeeigentümer angeschrieben werden, es wird aber nur mit Einschränkungen befragt (z. B. wird die Miethöhe nicht abgefragt). Der Zensus wird in der gesamten Bundesrepublik durchgeführt.

Herr Hepp weist zudem darauf hin, dass man hier einen Auftrag des Landes ausführe. Die Festlegung der Kostenpauschale für Personal sei z. B. sehr niedrig angesetzt. Außerdem ist wichtig zu wissen, dass das Gesetz über den Zensus noch nicht verabschiedet sei (voraussichtlich Ende Juni 2010) und bestimmte Fragen erst danach in einer Rechtsverordnung geklärt werden.

Auf Nachfrage berichtet Herr Herle, dass die Kostenerstattung von Land zu Land unterschiedlich sei. So bekämen die Stadt Mainz das Dreifache erstattet.

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 09. Juni 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Lt. Vors. Tollebeek kann die Stadt beschließen was sie will - der Magistrat muss den Auftrag des Landes umsetzen. Nach seiner Auffassung spare sich das Land Hessen auf Kosten der Kommunen gesund. Eigentlich müsste der Schwächste geschützt werden. Wenn diese Tendenz so weitergehe, müsse die LHW letztlich z. B. die Gebühren erhöhen oder Angebote streichen, damit Land und Bund Erfolge verbuchen können. Die Landtagsabgeordneten seien mit ihren Heimatgemeinden auch nicht mehr verbunden.

Auf Nachfrage von Stv. Dumont du Voitel teilt Herr Hepp mit, dass die LHW noch nicht mit der Umsetzung begonnen habe, sondern erst noch auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung warte.

Das Interessantere sei aber vor allem die Rechtsverordnung, die noch erlassen werde. Man wisse zwar noch nicht, was in der Rechtsverordnung konkret stehen werde, aber es ist anzunehmen, dass sich hier die Meinung des Landes widerspiegelt.

Lt. Stv. Gerich bleibe nichts anderes übrig, als die Sitzungsvorlage abzustimmen, aber man sollte dies nicht ohne Protokollnotiz tun.

Vors. lässt folgenden Zusatz als Punkt 7 im Beschluss abstimmen:

Der Magistrat wird beauftragt,

- unter Einbeziehung und Nutzung des Hess. Städtetages beim Land Hessen mit Nachdruck auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu bestehen und dabei deutlich zu machen, dass durch den Zensus nicht nur eine deutliche finanzielle Belastung durch die LHW zu tragen ist, sondern im Gegenzug nur ein sehr geringer Nutzen für die LHW entsteht, da die Daten, die für die städtischen Statistiken und die Politikplanung wichtig wären, gar nicht erhoben werden und
- den Revisionsausschuss zeitnah über seine Bemühungen bzw. Ergebnisse zu informieren.

Einstimmig

**0112**      **10-V-20-0028**

Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2008

Vors. Tollebeek erklärt das Verfahren, das beim Jahresabschluss Anwendung findet. Die Entlastung des Magistrats als Abschluss des Verfahrens ist in der HGO vorgeschrieben.

Herr Zenzen (Revisionsamt -14) hält es für sinnvoll, den FiWi mehr in die Prüfung einzubinden. Die Prüfung des Jahresabschlusses durch das Revisionsamt ist auch nach Umstellung auf die doppik eine Aufgabe des Revisionsamtes, hat sich aber inhaltlich schon geändert. Wenn die Prüfung durch 14 abgeschlossen ist, wird auch der Revisionsausschuss wie üblich in die Prüfung eingebunden und kann ebenfalls wie in den Vorjahren eine Prüfgruppe bilden.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass man sicher als Revisionsausschuss nicht als Bilanzbuchhalter tätig sein kann, d. h. dass man einen Haushalt von 900.000 Mio € sicher nicht im Detail auf Richtigkeit überprüfen und zig Seiten der Bilanz komplett überarbeiten kann. Man muss sich einen Modus ausdenken, Auffälligkeiten genauer zu beleuchten. Dazu müsste es aber Hinweise von 14 geben. Er

## Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 09. Juni 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

kann sich vorstellen, dass man ein Verfahren findet, bei dem vorgeklärt wird, welche 30 größten Abweichungen genauer geklärt werden sollen (z. B. ist die Budgetierung eingehalten worden, ist die Kassenführung falsch gelaufen).

Es muss einen Hinweiskatalog geben, den die Stadtverordneten abarbeiten können, denn die parlamentarische Kontrolle muss weiter gegeben sein.

Am liebsten wäre ihm eine formalisierte bzw. standardisierte Handlungsanweisung für die nächsten Jahre.

Stv. Wieltzsch weist ebenfalls darauf hin, dass man ein formales Verfahren einführen sollte und hält dies für unkritisch. Das jetzige controlling sei z. B. neu, das hätte es vor Einführung der doppik nicht gegeben.

Wichtig wäre aber z. B. auch, wie Preise zustande gekommen sind (richtig kalkuliert oder nicht), Rückstellungsthematik und Instandhaltungen seien ebenfalls Beispiele, die zu beleuchten sein werden.

Die Stadtverordneten könnten aber keine Tätigkeit wie ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen ausüben, man brauche vielmehr einen Katalog (von 14) wie man was anfängt, wie man was prüft und Auffälligkeiten findet.

Herr Zenzen weist darauf hin, dass der Bericht des Revisionsamtes zur Prüfung der Jahresrechnung ähnlich wie der eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens aussehen wird. Auch 14 wird nicht alles im Detail prüfen, sondern wird sich ein Urteil bilden, d. h. risikoorientiert vorgehen. Man wird versuchen, mit der größt möglichen Sicherheit vorzugehen, um richtige Bewertungen abgeben zu können. Bei der Eröffnungsbilanz habe man ähnlich gearbeitet. Der Revisionsausschuss könne Vorgaben zur Prüfung machen.

Der Prüfbericht wird voraussichtlich 150 Seiten umfassen.

Die Jahre 2007 und 2008 werden gleichzeitig geprüft.

Vors. Tollebeek sieht folgende Probleme:

- Einige Stadtverordnete arbeiten im controlling-Bereich, andere haben damit beruflich gar nichts zu tun.
- Keiner kann bisher sagen, worauf genauer geachtet werden sollte.
- Alle Bereiche einer Bilanz müssen beleuchtet werden - das geht ohne Kennzahlen nicht.
- Wirtschaftsprüfungsunternehmen halten speziell ausgebildete Leute bereit, die für einen hohen Geldbetrag pro Tag Prüfungen durchführen. Er selber sei nicht bereit, sich als Bilanzbuchhalter schulen zu lassen - das könne nicht Aufgabe eines Stadtverordneten sein. Trotzdem müsse aber ein Weg gefunden werden, der Prüftätigkeit kompetent nachkommen zu können.

Herr Zenzen hat in seinem Bereich ein ähnliches Problem, weil die meisten Mitarbeiter/innen nicht mit der doppik groß geworden sind. Er bietet für seinen Bereich Schulungstermine an.

Auch Stv. Kienast-Dittrich hält eine Risikobeschreibung für wichtig, damit Probleme besser erkannt werden können. Es könnte eine Gruppe mit Personen, die über Vorkenntnisse verfügen, für die Prüfung gebildet werden. Es sei aber auch interessant, wenn fachfremde Personen dabei sind, weil diese Dinge unvoreingenommener sehen.

Stv. Gerich geht davon aus, dass sich das grundsätzliche Problem nicht lösen lässt, da nicht alle Stadtverordnete entsprechend ausgebildet sind und dies auch nicht Aufgabe des Einzelnen sein kann. Er möchte sich aber 14 als internes Wirtschaftsprüfungsunternehmen bedienen. Er erwartet von 14

## Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 09. Juni 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Anhaltspunkte, wo mit Schwierigkeiten zu rechnen ist, wo man genauer drauf schauen muss. Er hält es für sinnvoll, sich mit 14 zusammzusetzen und den weiteren Weg zu besprechen.

Lt. Stv. Wieltch kann man das Thema an einem Abend oder Nachmittag lediglich streifen. Er kenne Prüfer beim Land, die schon wesentlich länger in dem Thema sind und weiß von den Schwierigkeiten, obwohl es dort fachliches know-how gibt.

Nach intensiver Diskussion kommt der Ausschuss zu dem Schluss, dass eine Schulung für die Mitglieder des Revisionsausschusses, aber auch des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung angeboten werden muss, die sich in 2 Bereiche gliedern sollte:  
Kurz-Schulung in grundlegenden Veränderungen durch die doppik und  
in der speziellen Thematik der Prüfung des doppeljährigen Jahresabschlusses.

Diese Schulung soll von 14 in Kooperation mit der Kämmerei in der 46. oder 47. Kalendewoche an 2 Nachmittagen beiden Ausschüssen angeboten werden.

Ziel dabei ist nicht nur die für das Jahresende angedachte Prüfung der Jahresabschlüsse 2007 und 2008, sondern die Entwicklung einer formalisierten / standardisierten Handlungsanweisung, die Zusammenstellung der wichtigsten Basisdaten, die zu einer zeitlich überschaubaren Prüfung befähigen und die Beschreibung von Risiken.

Einstimmig

**0113            10-V-08-0005**

Unterbringung der Doppeljahrgänge G 8 - G 9 an den Gymnasien und Beseitigung von Raumengpässen an dem Beruflichen Gymnasium

Stv. Gerich fragt nach, um welches Grundstück es sich handelt.

Herr Dietz (städt. Bildungsplaner) berichtet, dass es sich um das Grundstück an der Jawlensky-Schule handele. Ein Nahversorger soll dort errichtet werden. Die Stadt übernehme das Grundstück und erhalte eine Einmalzahlung. Der Magistrat habe der Angelegenheit zugestimmt. Das Grundstück würde jetzt als Parkplatz und zum Verkauf von Gemüse genutzt. Man verliere zwar eine Erweiterungsmöglichkeit an der Schule, das Grundstück falle aber nach 30 Jahren wieder an die Stadt zurück. Man habe auch die Fachverwaltungen gefragt, ob Bedarf an dem Grundstück bestünde, was aber verneint wurde.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass den Gymnasien Räume fehlen und man nach Alternativen gesucht habe. Es handele sich um eine einmalige Welle.

Einstimmig

**114            Verschiedenes**

Hier wird das Verfahren zur Schulung von Revisionsausschuss und Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung festgelegt (s. dazu Beschluss Nr. 0112 - Ende)



Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Einstimmig

### nicht öffentliche Sitzung

**0115            10-F-07-0011**

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg  
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 02.03.2010 -

Stv. Reiß fragt nach Festlegungen im Zusatzpachtvertrag.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass es schwierig ist, dies zu überprüfen. Der Pachtvertrag Erlebnismulde bliebe aber bestehen. Der Pachtzins sei jetzt erhöht worden und die Erlebnismulde werde vom Pächter mitgenutzt.

Stv. Reiß geht davon aus, dass der Pächter trotzdem sagen könne, dass die Toiletten nicht genutzt werden sollen. Ob in dieser Beziehung die erhöhte Pacht ausreichend ist, bleibt dahingestellt.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass aber letztlich keine dauernde Kontrolle stattfinden könne und ist froh, dass der Pachtzins erhöht wurde. Auch wenn die Mulde nicht genutzt werde, würde der erhöhte Zins gezahlt und das seien im Monat immerhin 500 € mehr.

Stv. Reiß hätte sich aber gewünscht, dass man noch mehr „rausgeholt“ hätte.

Der Antrag hat durch den vorgelegten Bericht seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

**0119            10-A-19-0002**

Finanzierung Pariser Hoftheater  
- Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion des Ortsbeirates Wiesbaden-Mitte vom  
04.02.2010 -

Es liegt ein schriftlicher Bericht der Verwaltung vor, der über die Mittelverwendung usw. Auskunft gibt.

Zur Weiterverpachtung des Lokals merkt Vors. Tollebeek an, dass es verwerflich gewesen sei, 5 Mitarbeitern in der Probezeit zu kündigen. Die Angelegenheit habe auch den Ortsbeirat interessiert. Er fragt nach, ob es noch Fragen zur Verpachtung, zu den Mietrückständen usw. gibt.

Herr Funk (Kulturamt) berichtet, dass der Verein zur Förderung der Theaterkunst den Zahlungsverpflichtungen nachgekommen ist.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 09. Juni 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Auf Nachfrage von Stv. Kienast-Dittrich berichtet Herr Funk weiter, dass der gesamte städtische Zuschuss i. H. v. 50.000 € verbaut wurde und auch entsprechende Rechnung vorliegen. Auch zukünftig werde die Mittelverwendung geprüft.

Einstimmig

**0120            10-V-41-0013**

"Verein zur Förderung der Theaterkunst"; Jahresabschluss 2009

Einstimmig

**0121            10-V-20-0029**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2010

Herr Emmel nimmt folgende Fragen mit und wird dem Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt berichten:

- a. Krankheitsquote von 16 % bei den Busfahrern von ESWE und
- b. Rückgang beim Verkauf von Monatskarten im 1. Quartal 2010 um 11 %

Zur Form des jetzt vorgelegten Berichts wird der Magistrat des Weiteren gebeten, die zukünftige Berichterstattung

- in gebundener Form,
- mit Inhaltsverzeichnis versehen und
- durchnummeriert

anzubieten.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden,                      .08.2010

**Vorsitzender**

**Schriftführerin**

**Weitere Schriftführerin**

Tollebeek

Kienast-Dittrich

Koba